

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung: Antrag zur mündlichen Berichterstattung des Ausschusses für Gesundheitswesen über den Antrag der CDU-Fraktion betr. Erhöhung der Zahl der Heimstättenbetten für Tbc-Kranke (Drucksache Nr. 1034).

Als Berichterstatter hat das Wort der Herr Abg. Dr. Singer.

Abg. Dr. Singer (CDU):

Meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Gesundheitswesen hat sich mit dem CDU-Antrag Drucksache Nr. 845 eingehend beschäftigt. Die Forderung der Erhöhung der Heilstättenbetten ist eine sehr dringende Notwendigkeit, und sie ist nicht in Zweifel zu stellen. Es war die Frage zu entscheiden, ob die Erhöhung der Heilstättenbetten geschehen kann durch Errichtung neuer Betten oder durch die Schaffung von Betten. Nach eingehender Aussprache mit dem Herrn Regierungsvertreter wurde klar, daß im Rahmen des Wirtschaftsplanes 1949 im Sektor Gesundheitswesen doch die Möglichkeit besteht, diesem Notstand abzu- helfen. Im Rahmen des Planes ist nämlich gefordert, daß aus den bestehenden Krankenbetten doch eine große Zahl freigemacht werden kann, um die Zahl der Heilstätten- betten zu erhöhen, und zwar so, daß das Krankenmaterial gesichtet wird und daß vor allen Dingen die sogenannten Pflegefälle aus den Krankenhäusern in Altersheime ver- legt werden können.

Zweitens besteht die Möglichkeit, daß der Rückgang der Geschlechtskrankheiten eine große Zahl von Betten, die für diesen Zweck zur Verfügung standen, freimacht und, da die Zahl der Geschlechtskrankheiten weiter sinkt, wird sich diese Zahl noch erhöhen. Es ist damit durchaus die Möglichkeit vorhanden, ja man kann fast sagen die Sicherheit, daß auf diese Weise etwa 5000 Betten für Heilstättenkranke erstellt werden können.

Dazu kommt die Durchführung des Befehls 297, der u. a. vorsieht, daß in allen Krankenhäusern Tuberkulose- Stationen eröffnet werden. Das würde eine zusätzliche Schaffung von Betten bedeuten. Wir hätten also dann bei den jetzt bestehenden Betten etwa mit einer Zahl von 8000 zu rechnen, und ich glaube, daß so eine wesent- liche Entlastung und auch eine merkliche Besserung er- reicht werden kann. Eine weitere Maßnahme wird durch- geführt, und zwar die der Schaffung von Betten in den Kurheimen. In diesen Kurheimen, deren Schaffung so- wohl den Stadt- als auch den Landkreisen aufgegeben ist, können eine große Zahl von Tuberkulösen untergebracht werden. Auch in unserem Haushaltplan sind ent- sprechende Mittel zur Verfügung gestellt worden, und der Ausschuß hat besonders bei der Beratung des Haus- haltplanes auf diesen Punkt hingewiesen.

Die dritte Möglichkeit ist die des interzonalen Aus- gleichs, d. h. des Ausgleichs innerhalb der Zone, zur Nutzung der besseren klimatischen Verhältnisse in den einzelnen Zonenländern. Es wird möglich sein, daß z. B. die klimatischen Verhältnisse, wie sie in Thüringen herr- schen, auch für unsere Kranken ausgenutzt werden können. Das würde bedeuten, daß einesteils eine Ent- lastung der sächsischen Heilstätten eintritt, andererseits auch wieder durch den Austausch von anderen Kranken eine wesentliche Besserung in der Versorgung der Tuber- kulösen erreicht werden kann.

Der Ausschuß ist deshalb der Meinung, daß dieser An- trag, nachdem das Ziel, das er hatte, so erreicht werden kann, seinen Zweck erfüllt hat, und schlägt dem Plenum vor, wie es in Drucksache Nr. 1034 niedergelegt ist, den Antrag der CDU als erledigt zu betrachten.

Vizepräsident Prof. D. Hickmann:

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bringe den An- trag Drucksache Nr. 1034 zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag ist, wolle eine Hand erheben. Stimment- haltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung: Antrag zur mündlichen Berichterstattung des Jugendausschusses über den Dringlichkeits- antrag der LDP-Fraktion auf Bildung einer Kommission zur Überprüfung von Lagern und Heimen, in denen elternlose Kinder unter- gebracht sind (Drucksache Nr. 1024).

Das Wort hat Berichterstatter Herr Abg. Jatzke.

Abg. Jatzke (SED):

Meine Damen und Herren!

Der Jugendausschuß hat im Verlauf von zwei Sitzungen den Antrag der LDP, Drucksache Nr. 891, beraten. Ver- treter des Landesjugendamtes gaben im Ausschuß Be- richt über Unterbringung und Versorgung der anhang- losen Kinder. Diesem Bericht war zu entnehmen, daß trotz anfänglich aufgetretener Schwierigkeiten wirklich alles erdenklich Mögliche für die Kinder getan wird und die Versorgung bis auf einige zeitbedingte Mängel keinen Anlaß zur Besorgnis gibt. Die Kinder werden außerdem laufend in private Stellen sowie Arbeits- und Lehrstellen vermittelt. Ich selbst habe den vorliegenden Antrag zum Anlaß genommen, eine schon lange gehegte Absicht in die Tat umzusetzen und habe einige Heime besichtigt. Somit war ich in der Lage, den Bericht der Vertreter des Landes- jugendamtes voll und ganz zu bestätigen. Es konnte vom Ausschuß festgestellt werden, daß beim Beirat des Landesjugendamtes bereits ein Unterausschuß zur Be- treuung der elternlosen Kinder besteht, der auch sehr ordentlich arbeitet. Wir haben uns auch über seine Tätig- keit im Ausschuß berichten lassen. Da jedem Landtags- abgeordneten die Möglichkeit gegeben ist, Lager und Heime zu besichtigen und etwaige Mängel den zustän- digen Stellen zur Kenntnis zu bringen, und auf Grund der Verhandlungen im Beirat des Landesjugendamtes sieht der Jugendausschuß den Antrag gemäß Drucksache Nr. 891 für überholt an. Er empfiehlt dem Plenum die einstimmige Zustimmung zur vorliegenden Drucksache Nr. 1024.

Vizepräsident Prof. D. Hickmann:

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bringe den An- trag unter Drucksache Nr. 1024 nunmehr zur Ab- stimmung. Wer gegen den Antrag des Ausschusses ist, wolle die Hand erheben. Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 16 der Tagesordnung: Antrag der Blockparteien im Sächsischen Land- tag auf Finanzkontrolle der Landkreise und Gemeinden (Drucksache Nr. 1057).

Zur Begründung des Antrages erteile ich das Wort Herrn Abg. Lohagen.

Abg. Lohagen (SED):

Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Antrag der Blockparteien dieses Hohen Hauses ist die Fortführung der gemeinsamen Bestre- bungen, um die Gelder unseres Volkes so sparsam zu ver-